

1 **Kommunale Eckpunkte**
2 **DIE LINKE Baden-Württemberg**
3 **zur Kommunalwahl 2024**

4
5 Antrag des Landesvorstands an den Landesparteitag DIE LINKE Baden-Württemberg am 14./15.
6 Oktober 2023
7
8

9 **Inhalt**

10 0. Politik für alle in Landkreisen, Städten und Gemeinden - Menschen vor Profite 1
11 1. Mieten Runter!..... 2
12 2. Vorfahrt für Soziales und gute Arbeit 3
13 3. Lebenswerte Kommunen - ökologisch und sozial..... 6
14 4. Mit links unterwegs – Mobil und Digital 8
15 5. Bildungsgerechtigkeit schaffen!..... 9
16 6. Stadt für alle – feministisch, antirassistisch, queer und inklusiv 11
17 7. Kultur und Sport für alle..... 15
18 8. Gesundheit ist keine Ware – Pflegenotstand bekämpfen 16
19 9. Reichtum umverteilen – Wirtschaft und Finanzen von links 17
20 10. Demokratie und Frieden 18

21
22
23 **0. Politik für alle in Landkreisen, Städten und Gemeinden - Menschen vor**
24 **Profite**

25
26 Kommunalpolitik betrifft uns alle. Direkt vor unserer Haustür werden die gesellschaftlichen Kon-
27 flikte deutlich: Wenige werden immer reicher, während sich Viele für niedrige Löhne abrackern
28 und kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlen
29 Pflegekräfte, an den Schulen Lehrer:innen, in den Kitas Erzieher:innen, im Nahverkehr Personal
30 usw. Die gesellschaftlichen Krisen spitzen sich immer weiter zu: Coronapandemie, Krieg in Europa,
31 Inflation und die Strom- und Gaskrise, die immer spürbarer werdenden Folgen des Klimawandels,
32 und eine sich weiter vergrößernde Schere zwischen Arm und Reich. Wir als DIE LINKE. sind über-
33 zeugt: Es braucht entschiedene Maßnahmen zur Entlastung der Mehrheit und eine grundsätzliche
34 Veränderung für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft.
35 Das Scheitern der Ampelkoalition, besonders der Grünen, beim Thema Klimaschutz und der Auf-
36 schwung der AfD, zeigen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Klar ist: eine ökologi-
37 sche Wende muss mit sozialer Sicherheit einhergehen. Allein dadurch kann die notwendige breite
38 Akzeptanz in der Bevölkerung für einen weitreichenden Klimaschutz erreicht werden.
39 Große Teile der Bevölkerung - bis weit in die Mittelschicht - erleben durch systematische Verar-
40 rung einen umfassenden Angriff auf ihre Lebensqualität. Die Absenkung der Reallöhne, Zwangs-
41 arbeit für Bürgergeld-Bezieher:innen nach sechs Monaten, Angriff auf die Renten (Eintrittsalter, 10

42 Mrd. Rentengeld an die Börse), Blockaden bei Kindergrundsicherung und armutssicherem Min-
43 destlohn, Steuerentlastung für Superreiche, steigende Energiekosten, Inflation und zugleich einer
44 Verschlechterung der Qualität von Wasser und Böden (Aufkauf von Ressourcen durch Investoren;
45 Verbrennung von Giftmüll, Pestizide in Böden) verunsichern die Menschen.
46 Zudem kommen auf die Kommunen neue beziehungsweise bisher vernachlässigte Aufgaben hinzu
47 durch Sturzfluten, Dürren und Hitzewellen. Nicht zufällig macht der aktuelle Bericht des Club of
48 Rome „Eine Erde für alle“ (2022) die globale Bekämpfung der Armut in den ersten zwei seiner fünf
49 „Kehrtwenden“ zur Bedingung einer globalen Sicherung unserer Lebensbedingungen. Die Siche-
50 rung der Lebensqualität mit der Daseinsvorsorge und der Natur (Wasser, Böden, Luft, Wälder) be-
51 ginnt in den Kommunen.
52 Linke Kommunalpolitik heißt deswegen einzutreten für soziale Interessen in der Gemeinde und im
53 Landkreis, für nachhaltige Entwicklung und demokratische Teilhabe für alle. Unser Ziel ist eine soli-
54 darische Gestaltung des Gemeinwesens. Die meisten Menschen, die sich gemeinnützig und sozial
55 engagieren, tun dies auf kommunaler Ebene. Sie tun dies im Sportverein, bei der Flüchtlingsarbeit,
56 antifaschistischen und Friedensgruppen oder in den Sozial- und Umweltverbänden. Hier findet das
57 öffentliche Leben statt.
58 DIE LINKE verbindet die Arbeit in Kommunalparlamenten mit Engagement in außerparlamentari-
59 schen Initiativen und Bewegungen. Wir wollen keine Stellvertreter:innenpolitik im Parlament ma-
60 chen, sondern gemeinsam vor Ort etwas bewegen. Linke Kommunalpolitik heißt daher, den Inte-
61 ressen benachteiligter Gesellschaftsgruppen Gehör zu verschaffen, demokratische Teilhabe für
62 alle einzufordern und gemeinsam eine nachhaltige sozial-ökologische Entwicklung in allen Gesell-
63 schaftsbereichen zu erkämpfen. DIE LINKE leistet Widerstand gegen das vermeintlich alternativ-
64 lose „Weiter so!“
65 Unser Ziel heißt Demokratischer Sozialismus. Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentra-
66 len Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr
67 nicht von Profitlogik bestimmt werden. Wir wollen, dass diese Bereiche in öffentlicher Hand blei-
68 ben oder wieder in diese zurückgeholt werden. Bürger:innen müssen bei allen wichtigen Entschei-
69 dung einbezogen werden. Unser Ziel sind Städte und Gemeinden für alle!
70

71 1. Mieten Runter!

72 Die Hälfte der bundesweit 30 teuersten Städte beim Wohnen liegt in Baden-Württemberg. Die
73 Schmerzgrenze ist längst überschritten, dennoch steigen die Mieten weiter an. Gleichzeitig schie-
74 ßen die Preise für Lebensmittel und Energie durch die Decke, während jede Lohnerhöhung hart
75 erkämpft werden muss.
76

77 Alle Parteien reden von bezahlbarem Wohnraum, doch es passiert wenig. Für DIE LINKE ist klar:
78 die Mieten müssen wieder sinken! Wohnen darf nicht den Konzernen überlassen werden, deren
79 Hauptinteresse ist, für ihre Aktionär:innen die höchstmögliche Rendite rauszuholen. Insbesondere
80 in den größeren Städten, aber nicht nur da, wird die Miete dadurch kaum noch bezahlbar für Men-
81 schen mit kleinen und mittleren Einkommen. In zahlreichen baden-württembergischen Städten
82 zahlen Pflegekräfte, Busfahrer:innen oder Verkäufer:innen bis zur Hälfte des Einkommens allein
83 für die Miete. Die Landesregierung hat diese Entwicklung durch den Verkauf öffentlicher Woh-
84 nungsbestände an Vonovia befeuert. In der Folge sind die Mieten massiv angestiegen. Diese Woh-
85 nungen müssen zurück in die öffentliche Hand.
86

87 Als DIE LINKE Baden-Württemberg haben wir daher die Kampagne „Mieten Runter“ gestartet. Wir
88 kämpfen gemeinsam mit den Mieter:innen und den Wohnungsinitiativen für eine soziale Woh-
89 nungspolitik, die Wohnen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begreift. Daher setzen wir uns
90 auf Bundes- und Landesebene für eine neue Wohngemeinnützigkeit ein, um Wohnen dem profit-
91 orientierten Markt zu entziehen und damit wieder bezahlbar zu machen.

92

93 Parallel zu unserem Einsatz in den kommunalen Gremien werden wir einen Volksantrag auf den
94 Weg bringen, der die Landesregierung dazu auffordert, die Wohnungsfrage endlich konsequent
95 anzugehen.

96

97 DIE LINKE fordert:

- 98 - Mieten runter: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen Mieterhöhungen
99 abbremsen, verhindern und die Mieten endlich absenken!
- 100 - Keine Profite mit der Miete: stattdessen den sozialen, barrierefreien und kommunalen
101 Wohnungsbau deutlich ausweiten.
- 102 - Vorrang für Soziales: mindestens 50% Sozialquote bei allen neuen Wohnbauprojekten.
103 Sozialwohnungen dürfen nicht nach wenigen Jahren wieder aus der Bindung fallen.
- 104 - Wohnen in die öffentliche Hand: wir wollen kommunale Vorkaufsrechte stärken und
105 kommunale Wohnungsbestände ausweiten, z.B. durch Entwicklungssatzungen.
- 106 - In allen Landkreisen beziehungsweise Städten muss es kommunale
107 Wohnungsbaugesellschaften geben.
- 108 - Kein Ausverkauf von Grund und Boden: Flächen nur noch in Erbpacht vergeben. Das Land
109 muss die Kommunen beim Flächenerwerb unterstützen.
- 110 - Wohnprojekte unterstützen: Das Land muss die Mittel der Landeswohnraumförderung
111 aufstocken und die Fördersätze so erhöhen, dass gemeinwohlorientierte Wohnprojekte
112 damit arbeiten können. Genossenschaften und gemeinwohlorientierte
113 Wohnungsinitiativen wie das Mietshäuser Syndikat wollen wir kommunal fördern.
- 114 - Die Landesbauordnung wollen wir nachschärfen für mehr barrierefreie Wohnungen und
115 klimagerechtes Bauen.
- 116 - Spekulation auf Wohnraum und gewerbliche Vermietungen als Ferienwohnungen wollen
117 wir unterbinden. Dafür fordern wir eine konsequente Umsetzung des
118 Zweckentfremdungsverbots.
- 119 - Ein Leerstandsregister in den Kommunen einführen.
- 120 - Die Grundsteuer für baureife, aber unbebaute Grundstücke wollen wir deutlich erhöhen
121 gegenüber der Grundsteuer für bebaute Grundstücke.
- 122 - "Fachstellen Wohnungssicherung" müssen in jeder Kommune installiert werden, um
123 Wohnungsverluste zu vermeiden. Wir wollen „housing first“-Projekte als weiteren
124 Baustein der Wohnungslosenhilfe unterstützen.
- 125 - städtische Wohnbaugesellschaften sollen Wohnkontingente bereitstellen für Menschen, die
126 auf dem Wohnungsmarkt besonders benachteiligt werden.
- 127 - Stärkung von ökologischen Bauweisen/-stoffen durch Holz oder Lehm anstelle von Beton/
128 Zement und Verpflichtung von Recycling (Beton ist zusammen mit Stahl für mehr als 13
129 Prozent der weltweiten CO2-Emissionen verantwortlich).
- 130 - Ausweitung des barrierefreien und altersgerechten Wohnungsbaus sowie
131 Mehrgenerationenhäuser.

132

133

134 2. Vorfahrt für Soziales und gute Arbeit

135 In Zeiten steigender Preise und horrender Mieten wird es bei Vielen am Monatsende knapp. Die
136 Corona-Pandemie hat bestehende Ungleichheiten weiter verschärft, nun kommen enorme Preis-
137 steigerungen hinzu. Lebensmittel und Energie wird immer mehr zum Luxus. In der Folge nimmt
138 Armut und besonders auch Kinderarmut zu. In Baden-Württemberg waren im Jahr 2021 etwa
139 400.000 aller Kinder unter 18 Jahren von Armut betroffen oder bedroht.

140 Die von der Bundesregierung aufgesetzten Entlastungspakete reichen bei Weitem nicht aus und
141 entlasten mitunter sogar die Falschen. Auf echte Entlastung vom Land warten wir noch immer. Die

142 Städte und Gemeinden sind daher besonders gefragt, denn die öffentliche Daseinsvorsorge findet
143 hier statt. Es wird endlich Zeit, dass das Land die Kommunen hierfür ausreichend finanziert.
144 Als im Zuge der Corona-Pandemie freiwillige Leistungen der Kommunen gestrichen werden soll-
145 ten, haben sich unsere Mandatsträger:innen vor Ort dagegen eingesetzt. Wir haben Sozialtickets
146 und mehr sozialen und barrierefreien Wohnungsbau erkämpft. In Zeiten zunehmender sozialer
147 Spaltung brauchen wir mehr soziale Angebote, nicht weniger!
148 Wir wollen eine sozial gerechte Gesellschaft, die allen Menschen Teilhabe und Mitbestimmung er-
149 möglicht.

150

151 DIE LINKE fordert:

- 152 - Gebührenfreie Kitas, kostenfreie und gesunde Mittagessen an allen Kitas und Schulen
153 sowie freie Schüler:innentickets, auch für Azubis und Meisterschüler:innen.
- 154 - Mehr sozialer, kommunaler und barrierefreier Wohnungsbau.
- 155 - Keine Zwangsumzüge und auch keine Strom-, Wasser- und Gassperren. Es darf nicht sein,
156 dass Menschen umziehen oder in einer kalten Wohnung sitzen müssen, weil sie zu wenig
157 Geld haben.
- 158 - Wir haben bereits in vielen Kommunen die Einrichtung von Nothilfefonds erreicht und
159 wollen, dass diese in allen Kommunen eingerichtet werden.
- 160 - Sozialtickets für Menschen und Familien mit geringem Einkommen.
- 161 - Soziale Hilfs- und Beratungsstrukturen ausbauen und Beschäftigte fair bezahlen. Die
162 sozialen Angebote in den Städten und Gemeinden dürfen nicht unter
163 Finanzierungsvorbehalt stehen.
- 164 - Mehr öffentlich geförderte und fair entlohnte Beschäftigung für Erwerbslose. Dabei ist es
165 nicht nur, aber besonders für Alleinerziehende wichtig, dass die Arbeit mit der
166 Kinderbetreuung vereinbar ist.
- 167 - Freier Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Schwimmbädern, Sportangeboten und
168 Museen. Öffentliche Dienstleistungen müssen stärker an gesellschaftliche Bedürfnisse und
169 neue technologische Möglichkeiten angepasst werden.
- 170 - Als Zwischenschritt zum freien Zugang zu allen öffentlichen Dienstleistungen muss ein
171 Sozialpass in allen Kommunen eingeführt werden, der Familien und Menschen mit wenig
172 Einkommen weitreichende Vergünstigungen bietet.
- 173 - Kulturförderung stärker an sozialen und inklusiven Aspekten ausrichten.

174

175 **Öffentliche Daseinsvorsorge stärken**

176 Kosten und Verfügbarkeit öffentlicher Dienstleistungen wollen wir so verändern, dass sie für alle
177 Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen oder anderen finanziellen Möglichkeiten zugänglich
178 sind. Dazu gehören Energie und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserversorgung, Wohnungs-
179 wirtschaft, Öffentlicher Verkehr (ÖPNV), Erziehung, Bildung, Kultur, Sport und Erholung ebenso
180 wie Gesundheit und Telekommunikation.

181 Die Versorgungssicherheit hat hier immer Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen oder gar Ge-
182 winnerwartungen. Wir wollen diese Bereiche perspektivisch und dauerhaft der Markt- und Profit-
183 logik entziehen. Dieser stellen wir das Gemeinwohlinteresse entgegen und rücken es in den Mit-
184 telpunkt der kommunalpolitischen Aufgaben.

185

186 **Kommune als Vorreiterin für gute Arbeit**

187 Kommunale Arbeitgeber tragen Verantwortung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplät-
188 zen sowie die Gestaltung für deren Einkommen und Löhnen. Sie müssen einen großen Beitrag leis-
189 ten, um prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zurückzudrängen. Die Kommunen (Städte) und
190 deren Eigenbetriebe haben die geltenden Branchentarifverträge einzuhalten.

191

192 Leiharbeit, befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie geringfügige Beschäftigung lehnen wir
193 grundsätzlich ab. Ist dies nicht in allen Fällen möglich, gelten die oben genannten Vorgaben. Der
194 öffentliche Beschäftigungssektor muss deutlich ausgebaut werden. Die Kommunen haben sicher-
195 zustellen, dass die einzuhaltenden Kriterien regelmäßig überprüft werden - auch bei den Eigenbe-
196 trieben und kommunalen Beteiligungsgesellschaften. Wenn eine Kommune Aufträge an soziale
197 Betriebe und Träger vergibt, müssen sie ihre Beschäftigte nach Tarifvertrag bezahlen.

198
199 Wir fordern die Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Wasser, Strom, Gas, medizini-
200 sche Versorgung, Krankenhäuser und ÖPNV- all dies darf nicht weiter privatisiert werden.
201 (Re-)Kommunalisiert können diese Leistungen von Kommunen und Landkreisen selbst erbracht
202 werden. Es geht besser ohne Gewinnabsicht und Profitmaximierung.

203 Wir fordern existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeits-
204 plätze für alle. Der Mindestlohn für Beschäftigte bei den Kommunen und Landkreisen muss min-
205 destens 15,- € betragen.

206 207 **Der Öffentliche Dienst als Pionier für attraktive Arbeitsbedingungen**

208 Als LINKE setzen wir uns für gute Arbeit ein, die zum Leben passt. Der Öffentliche Dienst soll dabei
209 durch die Einführung einer 30-Stunden bzw. 4-Tage-Woche bei vollem Lohn- und Personalaus-
210 gleich mit gutem Beispiel vorangehen. Wie Feldversuche in Island und Großbritannien zeigen,
211 kann dadurch Personalmangel effektiv bekämpft werden, da die Attraktivität für neue Beschäf-
212 tigte steigt und die Mitarbeiter:innenbindung gestärkt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass ent-
213 sprechende Arbeitszeitmodelle auf kommunaler Ebene zusammen mit den Beschäftigten und ih-
214 ren betrieblichen Interessenvertretungen entwickelt werden. Als einen weiteren Schritt fordern
215 wir, wo dies möglich ist, entsprechende Experimente auf kommunaler Ebene. Hierzu ist eine enge
216 Kooperation mit den Personalrats- und Betriebsratsgremien sowie den Gewerkschaften notwen-
217 dig. Sachgrundlose Befristungen darf es bei Beschäftigungsverhältnissen in Öffentlicher Hand nicht
218 geben.

219
220 Fachkräftemangel ist auch im Bereich der kommunalen Beschäftigung zu spüren. Dies geht auf
221 Dauer zu Lasten der Qualität der Öffentlichen Daseinsvorsorge und führt bei den Beschäftigten zu-
222 nehmend zu einer wachsenden Arbeitsbelastung. Um hier gegenzusteuern fordern wir eine vo-
223 rausschauende Personalplanung und Personalentwicklung.

224
225 Ausbildungsplätze müssen auf allen kommunalen Ebenen (auch den kommunalen Eigenbetrieben
226 und Beteiligungsgesellschaften) über den Eigenbedarf hinaus angeboten werden. Insbesondere für
227 Jugendliche, die auf dem sogenannten ersten Ausbildungsmarkt (Arbeitsmarkt) Probleme haben
228 einen Ausbildungsplatz zu finden. Damit übernimmt die Öffentliche Hand, auch unter dem Blick-
229 winkel der Inklusion, die gebotene gesellschaftliche Verantwortung.

230 231 DIE LINKE fordert:

- 232 - Keine Beschäftigung außerhalb eines Tarifvertrages.
- 233 - Dort wo keine Tarifbindung besteht, muss diese hergestellt werden.
- 234 - Kommunale Arbeitgeber müssen das Angebot für gute und sozial abgesicherte
235 Arbeitsplätze erhalten und ausbauen. Kommunale Arbeitgeber gehören alle in den
236 Arbeitgeberverband (VKA/KAV) des Öffentlichen Dienstes.
- 237 - Keine Auftragsvergabe ohne Tarifvertrag.
- 238 - Bei Auftragsvergabe sollen nur Firmen berücksichtigt werden, die ihrerseits Tarifverträge
239 einer DGB-Gewerkschaft anwenden und dies auch von Subunternehmen und Zuliefer:innen
240 fordern (Vorlage bei Vertragsabschluss und Stichproben).
- 241 - Keine weitere Privatisierung bei Wasser, Strom, Gas, medizinische Versorgung,
242 Krankenhäuser und ÖPNV - sondern Rekommunalisierung.

244 3. Lebenswerte Kommunen - ökologisch und sozial

245 Wie sehen die Städte der Zukunft aus, wie wollen wir leben und arbeiten? Dies sind die zentralen
 246 Fragen der Stadtentwicklung. Stadtpolitik muss die bereits erfolgten Klimaänderungen berücksich-
 247 tigen und dazu beitragen, den Klimawandel zu begrenzen. Die Temperaturzunahmen erfordern
 248 eine bessere Durchlüftung der Städte. Fassaden- und Dachbegrünungen, aber auch innerörtliche
 249 Grünflächen, Naherholungsgebiete, mehr Bäume, wo immer möglich, insbesondere bei Rückbau
 250 von Fahrspuren als Entsiegelungsmaßnahme. Öffentliche Trinkwasserbrunnen helfen beim Um-
 251 gang mit sommerlicher Hitze – für Menschen und Tiere und ganz besonders für diejenigen, die kei-
 252 nen festen Wohnsitz haben. Wasser kann grundsätzlich dabei helfen Kommunen klimaresilient zu
 253 machen, etwa durch die Renaturierung und Offenlegung von Gewässern innerhalb von Siedlungs-
 254 gebieten. Als LINKE setzen wir uns für klimagerechte Mobilitätswende ein.

255 Kommunale Politik muss sich an die internationalen Abkommen zur nachhaltigen Entwicklung aus-
 256 richten – auch aus globaler Solidarität. Dabei orientieren wir uns unter anderem an dem Weltna-
 257 turabkommen von Montreal 2022 (30% Gebietsfläche als Schutzgebiet ausweisen), den SDG17ⁱⁱ für
 258 2030 und der Rio-Erklärung.1992. Nachhaltige und soziale Stadtentwicklung verbindet qualifizier-
 259 ten Städtebau mit urbaner Dichte und der Schaffung innerörtlicher Parks, Grünflächen, zugängli-
 260 cher Bach- und Flussufer, Ruhe- und Erholungsräumen. Stadtentwicklung muss sich in erster Linie
 261 an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren. Wir wollen die Privatisierung und Kom-
 262 mercialisierung öffentlicher Räume zurückdrängen. Dazu müssen Städte und Gemeinden wieder
 263 mehr Grundstücke in Kommunales Eigentum zurückholen. Für den Zugriff auf Grundstücke sind
 264 entsprechende Vorkaufsrechte in den kommunalen Satzungen zu verankern und Entwicklungssat-
 265 zungen zu erlassen. Stadtentwicklung darf nicht privaten Investor:innen überlassen werden, son-
 266 dern muss demokratisch mit den Bewohner:innen gestaltet werden - dafür steht DIE LINKE.

267
 268 Klimagerechtigkeit und soziale Sicherheit sind die Herausforderungen unserer Zeit. Die bisherige
 269 Politik hat hier versagt. Wenn wir jetzt nicht umfassende Veränderungen anstoßen, wird unsere
 270 Erde unbewohnbar werden. Wir wissen, dass der Klimawandel uns alle betrifft und der sozial-öko-
 271 logische Umbau uns alle braucht. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimaerhitzung und zum
 272 Erreichen der Klimaneutralität müssen in Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Das darf
 273 nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, die ohnehin wenig Geld zur Verfügung ha-
 274 ben.

275
 276 Bei Fridays-for-Future-Demonstrationen gehen bundesweit Millionen Menschen auf die Straße.
 277 Wir bringen ihre Forderungen in die kommunalen Parlamente. Wir unterstützen die Forderung,
 278 Städte und Gemeinden bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu machen.
 279 Wir kämpfen für Klimagerechtigkeit und einen Systemwandel („System Change, not Climate
 280 Change“) vor Ort durch den Umstieg auf nachhaltige Mobilität, durch Sanierungen und klimaneut-
 281 ralem Bau von Gebäuden, durch den Erhalt und Ausbau der bestehenden Grün- und Landschafts-
 282 räume, durch Begrünung von versiegelten Flächen, von Fassaden und Plätzen. Dazu müssen alle
 283 bisherigen und zukünftigen Beschlüsse in Städten und Gemeinden unter Klimavorbehalt gestellt
 284 werden.

285

286 DIE LINKE fordert:

- 287 - Aktive Bodenvorrats- und Liegenschaftspolitik aller Kommunen - Grundstücke und
- 288 Immobilien in kommunale Hand.
- 289 - Klimaneutrale Kommunen bis 2035.
- 290 - Klimaschutzmanager:innen in allen Kommunen
- 291 - Fassaden und Dachbegrünungen finanziell fördern.
- 292 - Innerörtliche Grünflächen und Naherholungsgebiete auf- und ausbauen.

- 293 - Kein Einsatz von Glyphosat und Bienen- und Insektenfördernde Bepflanzung.
- 294 - Kommunale Waldbestände als wichtige Kohlestoffspeicher schützen.
- 295 - Gemeinwohlorientierte Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen.
- 296 - Stadtentwicklung der kurzen Wege, für Menschen und Natur.
- 297 - Kein Abriss von Bestandsgebäuden - Sanierung vor Neubau.
- 298 - Klimagerechter Bau von Gebäuden.
- 299 - Flächenverbrauch reduzieren und bis 2035 auf bilanzierte Netto-Null.
- 300 - Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dächern und Flächen.
- 301 - Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien.
- 302 - Förderung genossenschaftlicher und lokaler Energieversorger.
- 303 - Ausbau der Nahwärmeprojekte auf ökologischer Basis.
- 304 - Echte Mobilitätswende landesweit.

305

Die Chancen des ländlichen Raums nutzen

307 Der ländliche Raum, der in Baden-Württemberg vom Einzugsbereich der großen Städte und Metropolen bis in landwirtschaftlich geprägte Gebiete reicht, ist vielfältig. Diese Vielfalt braucht ökologische und soziale Lösungsansätze für die Stärkung der Kommunen und Dörfer des Flächenlands Baden-Württemberg. Im ländlichen Raum werden Krankenhäuser sukzessiv geschlossen, stillgelegte Bahnstrecken nicht reaktiviert und das alltägliche Einkaufen wird in Einkaufszentren außerhalb der Innenstädte oder fernab der Dörfer verlegt. Bildungseinrichtungen sind für viele Kinder und Jugendliche nur noch mit dem ÖPNV zu erreichen. In den Schulferien und an Wochenenden wird dieser häufig noch weiter ausgedünnt. Die gesundheitliche Versorgung gerät in Schieflage, da es an medizinischen Fachkräften auf dem Land fehlt. Die Schließung von Dorfkneipen, Gaststätten und Einrichtungen des Einzelhandels haben sich seit der Pandemie beschleunigt.

317 Die jeweiligen Bedürfnisse müssen mit den Menschen vor Ort erörtert werden, um gemeinsame Lösungswege mit den Kommunen zu erarbeiten. So haben ökologisch sinnvolle Projekte, wie energieunabhängige Gemeinden, kommunale Energieversorger, Grundversorgung und eine echte Mobilitätswende auf dem Land Erfolg. Wir fordern sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und landesweit finanzierte Konzepte für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg.

322 Eine ökologische Wende schließt die Stärkung einer nachhaltigen Landwirtschaft mit ein. Dazu können Kommunen ihren Beitrag leisten. Die Verpachtung öffentlichen Lands soll nach Gemeinwohlkriterien erfolgen mit denen ökologischer Landbau, Artenvielfalt, Tierwohl und gute Arbeit in der Landwirtschaft gefördert werden. Die Kommunen können dabei insbesondere Betriebe, die nach dem Prinzip der solidarischen Landwirtschaft bewirtschaftet werden, stärken.

327

DIE LINKE fordert:

- 329 - Ausbau des ÖPNV mit guter Taktung und Streckenausbau auch am Wochenende. Jeder Ort soll zumindest einmal in der Stunde angefahren werden (Schweizer Modell).
- 331 - Reaktivierung von Bahnstrecken und barrierefreier Ausbau aller Bahnhöfe und Bushaltestellen.
- 333 - Konzepte zur Belebung von Innenstädten fördern.
- 334 - Gesundheitliche Versorgung in kommunale Trägerschaft und Ausbau von medizinischen Versorgungszentren.
- 336 - Ausbau von sicheren Radverkehrs- und barrierefreien Fußwegen.
- 337 - Stationäre Car Sharing Angebote in Kommunen stärken.
- 338 - Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement landesweit fördern.
- 339 - Raum für Kultur und Handwerk schaffen.
- 340 - Zuzug von Familien durch bezahlbaren Wohnraum, wohnortnahe Betreuungs- und Bildungsangebote ermöglichen.

342

343 4. Mit links unterwegs – Mobil und Digital

344 Die Mobilitätswende ist ein entscheidender Faktor, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und damit
345 die notwendige Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 zu erreichen. In Zahlen ausgedrückt werden in
346 der EU jährlich fast 900 Millionen Tonnen CO₂ durch die Verbrennung von Kraftstoffen im Stra-
347 ßenverkehr ausgestoßen. Den allergrößten Teil verursacht hierbei der privat genutzte PKW.

348
349 Die hoch gesteckten Klimaziele sind nur im Gleichgewicht von ökologischen und sozialen Maßnah-
350 men erreichbar. Arbeiter:innen am Fließband oder in der Pflege müssen sich die Klimawende auch
351 leisten können. Es darf nicht vom Geldbeutel, vom Alter oder vom Wohnort in der Stadt oder auf
352 dem Land abhängen, dass man gut und günstig mobil ist.

353
354 Für eine linke, sozialökologische Mobilitätswende ist somit ein Systemwechsel in drei Bereichen
355 notwendig: erstens in der Entwicklung unserer Städte und Gemeinden, zweitens bei der Finanzie-
356 rung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und drittens in der Automobilwirtschaft. Städte und
357 Gemeinden müssen in Zukunft zu Städten der kurzen Wege umgebaut werden. Alle notwendigen
358 Dinge des Lebens sollten in wenigen Minuten erreicht werden. 5 Minuten zu Fuß, 10 Minuten mit
359 dem Rad und 15 Minuten mit Bus oder Straßenbahn. Wohnen, arbeiten, einkaufen rücken zusam-
360 men. Innenstädte werden zu autofreien Zonen umgebaut, lebenswert mit mehr Platz für Kinder
361 und ältere Menschen. Fahrspuren werden für den Rad- und Busverkehr umgewidmet. Ein generel-
362 les Tempolimit von 30 km/h innerorts reduziert Luftschadstoffe und erhöht die Sicherheit für Jung
363 und Alt.

364 Der öffentliche Nahverkehr bildet das Rückgrat einer sozial-ökologische Mobilitätswende. Das An-
365 gebot muss massiv ausgebaut werden, vor allem in ländlichen Regionen. Sonst ist ein Umstieg vom
366 privaten Auto hin zum ÖPNV kaum möglich

367
368 Das alles ist machbar, insbesondere wenn Land und Kommunen eine Nahverkehrsabgabe nach
369 französischem Vorbild einführen. Dort wird knapp die Hälfte der Kosten des ÖPNV über eine Ab-
370 gabe finanziert, die Unternehmen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mitein-
371 bezieht. Das ist wirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht.

372
373 Mit einer klimagerechten Mobilitätswende können viele neue und zusätzliche industrielle Jobs
374 entstehen. Wenn wir den Umstieg zu mehr Bus, Bahn, Fern- und Güterverkehr auf der Schiene
375 schaffen, dann eröffnet sich ein großes wirtschaftliches Potenzial. Es braucht mehr S-Bahnen, Re-
376 gional- und Fernzüge, E-Bussysteme, neue Leitsysteme, Schienen, Werkstätten, Lastenräder und E-
377 Bikes. Es wird deutlich, dass eine Mobilitätswende, die soziale und ökologische Aspekte gleicher-
378 maßen umsetzt, auch weiterhin viele Arbeitskräfte und Personal braucht.

379
380 Stuttgart 21 sabotiert die notwendige Mobilitätswende im ganzen Land, da es ein Verkehrs-Nadel-
381 öhr schafft. Die jahrelange Bauzeit führt zu erheblichen Einschränkungen im gesamten Bahnver-
382 kehr. Die Züge aus Richtung Konstanz und Singen (Gäubahn) werden über mehrere Jahre den
383 Stuttgarter Hauptbahnhof nicht mehr direkt anfahren können. Die LINKE lehnt dieses Projekt wei-
384 terhin entschieden ab.

385 386 **Digitalisierung vor Ort sozial gerecht gestalten!**

387 Die digitale Transformation der Gesellschaft durchdringt inzwischen alle Lebensbereiche und
388 nimmt eine immer schnellere Entwicklung. Die Digitalisierung muss immer zuerst den Bürger:in-
389 nen dienen und die Lebensqualität aller verbessern. Daher muss in der Kommune zunächst ein
390 barriere- und diskriminierungsfreier Zugang für alle gewährleistet werden. Wir sehen den flächen-
391 deckenden kommunalen Ausbau des Breitbands und der digitalen Infrastruktur als eine Grundlage
392 für eine gleichberechtigte und demokratische, digitale Gesellschaft.

393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416
417
418
419
420
421

Digitale kommunale Verwaltung

Wir möchten die Digitalisierung nutzen, um langwierige Verwaltungsprozesse schneller zu gestalten und die Nutzungsfreundlichkeit der Verwaltungsangebote erheblich zu verbessern. Für unser Konzept einer sozial gerechten Digitalisierung, sind Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität besonders wichtig. Das bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger zu jeder Zeit die Kontrolle über ihre eigenen Daten behalten müssen und die kommunale Infrastruktur vor Hackerangriffen geschützt sein muss. Auch die Entscheidung nicht digital mit der Verwaltung zu kommunizieren oder keine Daten digital zu übermitteln, darf für Niemanden zu einem Nachteil führen.

DIE LINKE fordert:

- Mobilitätsgarantie in Städten, Gemeinden und Dörfer im Land umsetzen.
- Nahverkehrsabgabe/Mobilitätspass für Unternehmen zur Finanzierung des Nahverkehrs.
- Langfristig Nulltarif für Bus und Bahn. Im ersten Schritt 1 Euro am Tag für alle und Nulltarif für Schülerinnen, Studierende, Rentner:innen, Azubis und für Menschen im Sozialleistungsbezug. Bis zu Einführung des Nulltarifs für alle fordern wir eine Ausweitung des Jugendtickets Baden-Württemberg auf alle Studierende, Azubis und Meisterschüler:innen ohne Altersbeschränkung.
- Deutschlandticket für alle kommunalen Beschäftigten, pädagogische Fachkräfte wie Erzieher:innen und für Pflegekräfte zum Nulltarif.
- Ausbau von Fußwegen und Radwegen. Erhöhung der Investitionen in den Radverkehr.
- Autofreie und damit lebenswerte Innenstädte.
- Barrierefreier Ausbau des ÖPNV und der Haltestellen. Die seit Januar 2002 geltende gesetzlichen Vorgabe muss endlich umgesetzt werden.
- Rückbau und Umnutzung von Straßen- beispielsweise für Rad- und Busspuren.
- Kostenloser Internetzugang in allen öffentlichen Gebäuden und Betrieben.
- Flächendeckender Ausbau von Breitband und digitaler Infrastruktur als öffentliche Aufgabe.
- Kommunale Verwaltungen im Kontakt mit Bürger:innen digitalisieren.

422
423
424
425
426
427
428

5. Bildungsgerechtigkeit schaffen!

Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Doch nicht alle haben denselben Zugang zu Bildung. Viel zu oft bestimmt in Deutschland die (soziale) Herkunft den Bildungsweg. Das darf so nicht sein! Obwohl das Land an erster Stelle verantwortlich für die Bildungspolitik ist, haben auch die Kommunen einen Spielraum, wenn es um Bildung geht. Diesen müssen Kommunen nutzen, um der Bildungsungerechtigkeit vor Ort entgegenzuwirken.

429
430
431
432
433
434
435
436
437
438

Kinderbetreuung ausbauen, Personalmangel bekämpfen!

Die Kommunen in Baden-Württemberg kommen der Pflichtaufgabe der Bereitstellung von Kindertagesbetreuungsplätzen bisher nicht vollständig nach. Es besteht ein eklatanter Mangel an pädagogischen Fachkräften und am Ausbau von Kindertagesstätten und der Kindertagespflege. Das kann nicht – wie gerade von der Landesregierung beschlossen - durch Maßnahmen wie Erweiterung der Gruppengröße oder ungelernete Mitarbeiter:innen zur Erfüllung der Aufsichtspflicht gelöst werden. Die frühkindliche Erziehung und Bildung braucht gute pädagogische Fachkräfte, die für ihre wichtige gesamtgesellschaftliche Arbeit besser bezahlt und anerkannt werden. In die Ausbildung von Erzieher:innen und ihre Weiterbildung muss noch stärker investiert werden.

439
440
441
442

DIE LINKE fordert:

- Rahmenbedingungen ausbauen und Ausbildungsvergütung in der pädagogischen Ausbildung flächendeckend einführen.
- landesweiter Ausbau von Teilzeitausbildungsstellen und der praxisintegrierten

- 443 Ausbildungen. Bessere Ausbildung für die Aufgaben der Inklusion.
444 - Ausbildungsoffensive landesweit starten.
445 - Vereinfachte Anerkennung von ausländischen pädagogischen Abschlüssen zur schnelleren
446 Integration in die pädagogische Praxis.
447 - Anpassung des Personalschlüssels in allen Gruppen.
448 - Ausweitung der Integration von Kindern mit Beeinträchtigung in Regelkindergärten mit
449 Zusatzkräften für die Eingliederungshilfe.
450 - Bedarfspläne der Kommunen mit allen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und
451 Kindertagespflege abstimmen.
452 - Sprachförderung in jeder Kindertagesstätte und Grundschule sichern.
453 - Entlastung von Familien durch angepasste und abgestimmte Betreuungsangebote, auch in
454 den Schulferien, Teilhabe und Mitbestimmung aller Kinder sicherstellen und fördern.
455 - Mehr Geld für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Bildung und Erziehung von Kindern
456 in Baden-Württemberg.
457 - Gebührenfreie Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung, -pflege und
458 Grundschulen.

459

460 **Schule für alle!**

461 Mit der Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems werden Ungleichheiten weiter zementiert
462 statt sie abzubauen. Deshalb strebt DIE LINKE einen Wandel zu einem solidarischen Schulsystem
463 an, in dem alle Schüler:innen gemeinsam und voneinander lernen. Schulen müssen nachhaltig zu
464 Orten des Lernens und Lebens mit attraktiven Ganztagsangeboten und kostenfreiem Mittagessen
465 weiterentwickelt werden. Daher betrachten wir den Ausbau von inklusiven Gemeinschaftsschulen
466 als unerlässlich, denn sie erlauben, dass jedes Kind gemäß seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen
467 gefördert wird. Die Coronapandemie hat außerdem gezeigt: zu den verletzlichsten Menschen un-
468 serer Gesellschaft gehören Kinder und Jugendliche. Damit sie mit Problemen und Konflikten nicht
469 allein gelassen werden, ist eine flächendeckende und qualifizierte Schulsozialarbeit an allen Schu-
470 len nötig.

471 Schulbildung muss Chancengleichheit gewährleisten, Auslese verhindern und demokratische Ge-
472 staltung ermöglichen. Deshalb wollen wir den Privatisierungsboom, den das Schulsystem nun seit
473 geraumer Zeit durchlebt, stoppen. Mit mehr als 1.100 Privatschulen liegt Baden-Württemberg
474 weit vor allen anderen Bundesländern. Immer größere Bildungsaufgaben wurden aus dem öffentli-
475 chen Schulsystem ausgelagert und privatisiert. Für die Lehrkräfte hat das weitreichende Folgen, sie
476 werden schlechter entlohnt und erleiden erhebliche Einbußen bei der Rente. In einer gerechten
477 Gesellschaft müssen alle Kinder die gleichen Bildungschancen im Leben bekommen. Eliteschulen
478 für Reiche sind daher ebenso wie die Privatisierung öffentlicher Aufgaben abzulehnen.

479 Gute Bedingungen für Schüler:innen und Lehrkräfte bedeuten auch, den immensen Sanierungs-
480 stau an den Schulen konsequent anzugehen. Es kann nicht sein, dass den Schülerinnen und Schü-
481 lern im wahrsten Sinne des Wortes die Decke auf den Kopf fällt oder die Toiletten nicht begehbar
482 sind. Die Kommunen sind hier als Schulträger in der Verantwortung. Dafür ist angesichts der enor-
483 men Baukostensteigerungen auch substanzielle finanzielle Unterstützung vom Land notwendig.
484 An allen Bildungseinrichtungen muss sichergestellt sein, dass alle Barrieren abgebaut werden und
485 sie grenzenlos zugänglich für Schüler:innen mit Behinderungen sind. (Sonderpädagogisches) Be-
486 treuungspersonal, das den Schüler:innen mit Behinderungen die Teilhabe am Regelunterricht er-
487 möglicht, muss immerzu berücksichtigt werden, denn wahre Inklusion darf nie spalten oder aus-
488 grenzen.

489

490 **Hochschulen und Studierende**

491 Studierende bestimmten in vielen Hochschul- und Unistädten in Baden-Württemberg das öffentli-
492 che Bild der Stadt. Die besonderen Bedarfe von Studierenden, etwa die Bereitstellung günstigen
493 Wohnraums mit nur kurzer Wohndauer, müssen in der Kommunalpolitik berücksichtigt werden.

494 Die Schaffung von Freiräumen für Studierende ist nicht nur Aufgabe der Hochschulen, sondern
495 auch der Städte, in denen diese leben. Selbstverwaltete studentische Wohnprojekte und entspre-
496 chende kulturelle Angebote sollten deshalb von städtischer Seite unterstützt werden. Gleichzeitig
497 leben etliche Studierende in schwerer finanzieller Not. Psychische Probleme sind häufig eine Folge
498 studentischer Armut. Studierende mit finanziellen Problemen müssen bei kommunalen Vergünsti-
499 gungen stärker berücksichtigt werden.

500

501 **Digitalisierung der Bildung**

502 Schulen und Bildungseinrichtungen müssen mit ausreichend digitalen Endgeräten ausgestattet
503 werden. Zur Wartung muss entsprechendes Personal zur Verfügung stehen. Digitale Bildung ist
504 mehr als nur technische Ausstattung. Sie muss ein wichtiger Bestandteil von Bildungs- und Lern-
505 prozessen sein, damit alle befähigt werden verantwortungsvoll und kompetent mit diesen Techno-
506 logien umzugehen. Dabei sollten digitale Technologien als Hilfsmittel betrachtet werden, nicht als
507 Selbstzweck.

508 Es ist wichtig, dass bei der digitalen Bildung Pädagog:innen die Hauptrolle spielen, nicht IT-Kon-
509 zerne oder Lobbyist:innen. Damit mehr Menschen Zugang zu Bildung haben, muss Wissen für alle
510 zugänglich sein. Offene Bildungspraxis bedeutet, dass Materialien frei verfügbar und Lizenzen frei
511 sind sowie Datenschutz und Sicherheit berücksichtigt werden. Offene Bildung bedeutet Teilhabe
512 und Mitbestimmung durch Transparenz und gemeinsames Lernen. Im Zuge der Digitalisierung
513 möchten wir die Bedeutung von "Open Science" stärken und fördern.

514

515 **6. Stadt für alle – feministisch, antirassistisch, queer und inklusiv**

516

517 **Die Hälfte von allem: feministische Perspektive in Stadt und Land**

518 Wenn Frauen* streiken, steht die Welt still. Frauen* leisten den überwiegenden Teil aller Arbei-
519 ten, die notwendig sind, um eine Gesellschaft am Laufen zu halten. Ob in der Pflege, bei der Erzie-
520 hung unserer Kinder, im Ehrenamt oder in der Sorgearbeit – ohne die oftmals unbezahlte Arbeit
521 von Frauen* steht die Welt still. Corona hat dies nochmal besonders deutlich gezeigt: in der Regel
522 waren es Frauen*, die Homeschooling, Home-Office und Hausarbeit gleichzeitig schulterten und
523 damit multiplen Belastungen ausgesetzt waren.

524 Gleichzeitig hat die Gewalt gegen Frauen* zugenommen. Jede dritte Frau* erfährt in ihrem Leben
525 mindestens einmal körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Dennoch fehlt es vielerorts an aus-
526 reichend Plätzen in Frauen- und Kinderhäusern. Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen* stehen
527 viel zu oft unter Finanzierungsdruck.

528 Frauen* verdienen in Baden-Württemberg durchschnittlich 23 % weniger als Männer und sind
529 deutlich stärker von Altersarmut betroffen. Besondere Probleme haben Alleinerziehende Frauen*.
530 Sie arbeiten oftmals im Niedriglohnbereich, sind Teilzeit beschäftigt und die Hälfte von ihnen ist
531 armutsgefährdet.

532 Auch bei der Repräsentation von Frauen* in den kommunalen Gremien schneidet Baden-Würt-
533 temberg besonders schlecht ab.

534 Wir wollen das ändern. DIE LINKE setzt sich für die vollständige Gleichstellung aller Geschlechter
535 ein. Wir wollen Teile der Haus- und Fürsorgearbeiten gemeinschaftlich organisieren und die hier
536 herrschende Geschlechtertrennung überwinden. Bei allen kommunalen Entscheidungen und der
537 Verteilung von Ressourcen in den Städten und Gemeinden sollen die Auswirkungen auf die Ge-
538 schlechter beachtet und ihre Gleichbehandlung sichergestellt werden. Unser Ziel sind geschlech-
539 tergerechte Städte und Gemeinden und ein Ende der Gewalt gegen Frauen*!

540 Wir wollen „Sorgende Städte und Gemeinden“, die eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur für
541 die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner bieten. In Wohnortnähe brauchen wir mehr
542 Kitas, Stadtteil-, Familien- und Gesundheitszentren, Pflegestützpunkte, Jugend- und Obdachlosen-

543 treffs etc. In Pflege und Gesundheit zeigt sich, dass private profitorientierte Betreiber die Versor-
544 gung nicht sicherstellen könne. Wir wollen Pflege, Bildung und Gesundheit in der Hand sozialer o-
545 deröffentlicher Träger, die demokratisch gemäß den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer or-
546 ganisiert sind.

547

548 DIE LINKE fordert:

- 549 - Kitas ausbauen und gebührenfrei stellen, flexible Betreuungszeiten, genug Personal und
550 gute Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher.
- 551 - Politische Ämter und Mandate müssen mindestens zur Hälfte mit Frauen* besetzt werden.
552 In den Verwaltungsebenen müssen alle leitenden Stellen zumindest zur Hälfte mit Frauen*
553 besetzt werden.
- 554 - Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen.
- 555 - eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung (gender budgeting) und die Pflicht zur
556 Prüfung der Auswirkungen kommunaler Entscheidungen auf die Geschlechter (gender
557 mainstreaming).
- 558 - Pilotprojekte zur Umwandlung von leerstehenden Gewerbeimmobilien zu kommunalen
559 Sorgezentren mit sozialer Beratung, günstigem Essen, Kitas, Pflege- und
560 Gesundheitsangeboten zu starten.
- 561 - Frauen* in Not dürfen wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlenden Plätzen nicht
562 abgewiesen werden. Die Istanbul-Konvention muss endlich umgesetzt werden. Frauen- und
563 Kinderhäusern sowie Hilfs- und Beratungsstrukturen für Frauen* müssen bedarfsgerecht
564 finanziert und ausgebaut werden.
- 565 - Kommunale Angebote zur Frauengesundheitsförderung ausbauen, Hebammen und
566 Geburtshilfe in den Krankenhäusern erhalten.
- 567 - Schwangerschaftsabbrüche an allen kommunalen Kliniken.
- 568 - Alle Kommunen, die das noch nicht getan haben, sollen die „Europäische Charta für die
569 Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene“ von 2006
570 verabschieden.

571

572 **Solidarität statt Hass: gemeinsam antirassistisch!**

573 Unsere Stadt hat Platz – nur nicht für Rassismus. Wir stellen uns vehement jenen entgegen, die
574 versuchen, Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund als Bedrohung darzustellen, sie dis-
575 kriminieren oder ausgrenzen.

576

577 Kein Mensch ist illegal!

578 Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die Kommune alles in ihrer Macht Liegende tut, um
579 Menschen in Not und Menschen, die vor Hunger oder Krieg fliehen, zu helfen, zu unterstützen und
580 willkommen zu heißen. Wir stehen hinter der freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten und unter-
581 stützen Initiativen für die Wiederherstellung eines humanen Asylrechts und antifaschistischen Ak-
582 tivitäten, wie beispielsweise die Bewegung „Seebrücke“ und „Sicherer Hafen“. Unsere Kommune
583 sollte jede Mitwirkung an Abschiebungen konsequent verweigern.

584 Der Prozess der Teilhabe beginnt bereits bei der Unterbringung von geflüchteten Personen. Die
585 Kosten dafür dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden! Geflüchtete und ihre Familien
586 müssen so schnell wie möglich in Wohnungen untergebracht werden. Ferner muss die Unterbrin-
587 gung von Menschen (queere Geflüchtete und Frauen*), die Diskriminierungen ausgesetzt sind und
588 auf besondere Schutzräume angewiesen sind, Vorrang haben.

589 Sie und andere traumatisierte und von Gewalt betroffene Menschen brauchen ein Unterstüt-
590 zungsnetz und Angebote, die ihren Anliegen gerecht werden. Dazu gehört der gesicherte Zugang
591 zu Übersetzer*innen, Sprach- und Integrationsangeboten.

592

593

594 Teilhabe und Partizipation

595 Auf unterschiedliche Art und Weise erleben Menschen mit Rassismuserfahrungen Diskriminierung,
596 so auch auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Vor allem kommunale Einrichtungen – von Jobcen-
597 ter bis zu Schwimmbädern – dürfen Menschen nicht aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder Haut-
598 farbe benachteiligen. Deshalb setzen wir uns in kommunalen Einrichtungen für anonymisierte Be-
599 werbungsverfahren ein. Außerdem sollen kommunale Beratungs- und Informationszentren flä-
600 chendeckend etabliert und gestärkt werden, die kulturspezifisch und unter Berücksichtigung der
601 Diskriminierungserfahrungen agieren.

602 Wir sehen und wertschätzen das Engagement und die Partizipation migrantischer Vereine und
603 Selbstorganisationen. Ihnen sollen Räume und Plattformen zur Verfügung gestellt werden, die sie
604 für ihr Engagement benötigen. Der Austausch zwischen ihnen und der Kommune muss gestärkt
605 werden. Aufklärungs- und Begegnungsprojekte wie etwa Zeitzeug:innengespräche sowie interkul-
606 turelle Veranstaltungen sind von der Kommune zu unterstützen und zu fördern.

607 Im Rahmen der jährlich stattfindenden Internationalen Wochen gegen Rassismus können Kommu-
608 nen mit der Durchführung von Aktionswochen lokale Initiativen miteinander vernetzen und ge-
609 meinsam Bildungs- und Kulturangebote schaffen. In Workshops, Ausstellungen und Veranstaltun-
610 gen können Schüler:innen, Fachpersonal und die Öffentlichkeit fortgebildet werden.

611

612 **Queere Kommunen: Gewalt gegen Queer ein Ende setzen!**

613 Noch immer erleiden viele queere Menschen Diskriminierung und Gewalt. Laut Bundeskriminal-
614 amt stiegen die Taten in den letzten Jahren stark an.

615 Damit Kommunen mehr für die Belange queerer Menschen tun können, ist die Einrichtung einer
616 Queerbeauftragung erforderlich. Eine solche Stelle kann vielfältige Aufgaben erfüllen und die Prä-
617 senz dieses Themas in der Stadtgesellschaft verbessern, z.B. auch über eine Beratung an Schulen.
618 Darüber hinaus können Kommunen mit eigenen Plakataktionen und anderen Formen der Öffent-
619 lichkeitsarbeit die Belange der queerer Menschen unterstützen und sichtbar machen.

620 Außerdem setzen wir uns für die erleichterte Stiefkindadoption ein. Die Jugendämter in den Kom-
621 munen haben hier beispielsweise einen Handlungsspielraum und die rechtliche Grundlage, das so-
622 genannte Anerkennungs-jahr nicht einzufordern.

623

624 **Unterstützung für queere Zentren!**

625 Beratungs- und Unterstützungsangebote müssen finanziell abgesichert werden und können in
626 queeren Zentren umgesetzt werden. Queere Zentren sind selbstverwaltete Einrichtungen, die An-
627 gebote von und für die queere Community an einem Ort bündeln und sowohl als Safe Space (si-
628 cherer Ort) dienen als auch eine Wahrnehmung nach außen haben sollen. Queere Zentren oder
629 Anlaufstellen brauchen wir vor allem auch im ländlichen Raum.

630

631 **Queere Geflüchtete schützen!**

632 Menschen, die nach Deutschland flüchten, sind mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. Auch
633 queere Menschen werden vielerorts verfolgt und müssen um ihr Leben bangen.

634 Wir wollen, dass flächendeckend Fachstellen für queere Geflüchtete eingerichtet werden. Dort
635 können sie sich zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und Migrationsrecht beraten lassen.
636 Außerdem braucht es Möglichkeiten der psychologischen Beratung für queere Geflüchtete. Die
637 Erstaufnahmestellen müssen speziell für das Thema sensibilisiert werden, um Diskriminierung zwi-
638 schen den Geflüchteten vorzubeugen.

639

640 **Inklusion: Barrieren abbauen, Zugänge schaffen!**

641 DIE LINKE weiß um die Barrieren, die Menschen mit Behinderungen viel zu oft die Teilhabe in allen
642 Lebensbereichen verwehren. Diese gilt es ausnahmslos abzuschaffen! Deshalb müssen der öffent-
643 liche Raum und Freizeit- und Bildungsangebote barrierefrei ausgebaut werden. Doch auch der

644 Weg hin zu diesen Angeboten darf nicht vergessen werden. Dafür ist der barrierefreie Ausbau der
645 Mobilitätsinfrastruktur unerlässlich.

646

647 DIE LINKE fordert:

- 648 - In jedem Landkreis, in jeder kreisfreien Stadt in Baden-Württemberg müssen Beiräte für
649 Menschen mit Behinderung eingerichtet werden nach dem Grundprinzip „Nichts über uns
650 ohne uns“. Daneben sollen hauptamtliche Beauftragte für Menschen mit Behinderung
651 eingerichtet werden, die eng mit dem Beirat zusammenarbeiten.
- 652 - die Berücksichtigung der Anliegen von Menschen mit Behinderungen und ihr
653 demokratisches Recht auf Mitbestimmung zu achten. Dazu gehören auch der Abbau von
654 Barrieren beim Zugang zu Information und flächendeckende Beratungsangebote für
655 Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen.
- 656 - Die Kommunen müssen endlich einen zeitnahen Plan zur Herstellung eines barrierefreien
657 ÖPNV entwickeln und umsetzen. Notwendig sind aber auch ausreichend Parkplätze für
658 Menschen mit Behinderungen, Blindenleitsysteme, Beschilderungen, stufenlose Zugänge,
659 leichtgängige Türen, Rampen, ebene Wege und Fahrstühle.
- 660 - Überall da, wo Kommunen Einfluss auf den Wohnungsbau haben, bei Bau in eigener Regie,
661 bei Unternehmen in kommunaler Trägerschaft, kommunalen Genossenschaften und bei
662 Zuschussvergabe müssen sie für Barrierefreiheit zu sorgen. Dies gilt insbesondere auch bei
663 Umbauten.
- 664 - Barrierefreiheit in den Schulen. Kommunen müssen alles daran setzen, dass der Anspruch
665 auf Assistenz von Schüler:innen auch erfüllt wird.
- 666 - Die Einrichtung von Arbeitsplätzen in den Kommunen, die geeignet sind, dass Menschen
667 mit Behinderung, die sonst keine Chancen auf einen Arbeitsplatz auf dem allgemeinen
668 Arbeitsmarkt haben, dort als kommunale Beschäftigte arbeiten können. Die Kommunen
669 sollen dabei insbesondere großen Unternehmen vor Ort als Vorbild dienen.

670

671 **Gutes und würdevolles Leben im Alter**

672 Die Altersarmut in Deutschland nimmt massiv und rasant zu. Dies ist eine Folge der Agenda-2010-
673 Politik der ehemaligen Schröder-Bundesregierung aus SPD und Grüne. Keine nachfolgende Regie-
674 rung hat das korrigiert. Auch die sogenannte Grundsicherung und bisherige Mindestrente schüt-
675 zen nicht vor der Altersarmut. Wir wollen nicht nur auf der Bundesebene durch eine Erhöhung der
676 Mindestrente vor Altersarmut schützen, sondern in den Kommunen nötiges tun, um allen durch
677 gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Niemand darf
678 in Armut leben, erst recht nicht in so einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg.

679

680 DIE LINKE fordert:

- 681 - Kostenloser Eintritt in alle Einrichtungen der öffentlichen Hand wie Museen, Zoos,
682 Schwimmbäder, Büchereien usw.
- 683 - Bis zur Einführung des kostenfreien Nahverkehrs ein Tarifsystem im ÖPNV, das für
684 Senior:innen bezahlbar ist. Für Menschen in der Grundsicherung muss der ÖPNV kostenfrei
685 sein.
- 686 - Ein attraktives Freizeitprogramm für Senior:innen in allen Wohnquartieren, um eine aktive
687 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen.
- 688 - Eine Wohnortsnahe Versorgung. Dazu gehören die Geschäfte für den täglichen Bedarf. Die
689 Ansiedelung bisher fehlender Geschäfte muss von Seiten der Kommunen bei jeder
690 Bauplanung und in der Quartiersentwicklung gefördert werden.
- 691 - Die Pflege von alten Menschen nicht privaten, profitorientierten Unternehmen zu
692 überlassen. Die Kommune muss alternative Pflegemodelle, z. B. genossenschaftliche
693 Pflegedienste, aktiv unterstützen.
- 694 - Angebote mit Hilfen zum selbstbestimmten und zur eigenständigen Bewältigung des Alltags

- 695 z.B. über Senior:innentreffs und kommunale Pflegestützpunkte weiter fördern.
- 696 - Die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum wie „Schwätzbänke“
- 697 insbesondere im Rahmen der sozialen Quartiersentwicklung, die generationenübergreifend
- 698 ansprechend sind.
- 699 - Altersgerechte Städte schaffen: barrierefreier Umbau des öffentlichen Raum, mehr Bänke
- 700 zum Ausruhen und Verweilen. Ausweitung von Beschattung als Hitzeschutz und Zugang zu
- 701 Trinkwasserbrunnen,
- 702 - den Bau von wesentlich mehr altersgerechten Wohnungen und den Umbau bestehender in
- 703 barrierefreie Wohnungen.
- 704 - Die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen
- 705 Wohnungsbaus.
- 706 - Die Einrichtungen von Senior:innenbeiräten, die bei allen Belangen, die Senior:innen
- 707 betreffen, gehört werden müssen.
- 708

709 7. Kultur und Sport für alle

710

711 **Kultur ist Vielfalt**

712 Genauso vielfältig wie Kultur ist, ist ihr Publikum. Es umfasst alle Generationen und kulturelle Hin-

713 tergründe. Kultur hilft uns, neue Perspektiven für unser Leben und gesellschaftliche Herausforde-

714 rungen zu entwickeln. Deshalb wollen wir möglichst vielen Menschen die Teilhabe und Teilnahme

715 an kulturellen Angeboten jedweder Art ermöglichen. Vorausgesetzt sind eine barrierefreie Nut-

716 zung von Kulturangeboten und der produktive Dialog zwischen Kulturschaffenden und der Öffent-

717 lichkeit.

718 Musikvereine, Theatervereine oder Tanzgruppen, sie alle sind genauso Teil des kulturellen Lebens

719 wie etablierte Kulturinstitutionen oder soziokulturelle Initiativen.

720 Arbeitsverhältnisse für Künstlerinnen und Künstler müssen abgesichert werden. Der begrüßens-

721 werte Tarifabschluss im NV Bühne muss bei allen darstellenden Künstler:innen ankommen, auch

722 bei den frei arbeitenden. Dafür brauchen die kommunalen Träger die nötige Unterstützung.

723

724 **DIE LINKE fordert:**

725

- 726 - Kulturräume stehen unter starkem Druck durch steigende Mieten und Nutzungskonkurrenz.
- 727 Hier braucht es einen Bestandsschutz und das Akquirieren neuer Räume. Durch die
- 728 Überführung in gesellschaftliches Eigentum kann eine Unabhängigkeit von privaten
- 729 Eigentümern und Investoren erreicht werden.
- 730 - Im ländlichen Raum muss die Versorgung mit kultureller Infrastruktur gewährleistet sein.
- 731 Kunst und Kultur, sowie breiten- und soziokulturelle Teilhabe sind Ankerpunkte für die
- 732 Attraktivität des ländlichen Raumes. Diesen gilt es durch das Ermöglichen von
- 733 gleichwertigen Lebensverhältnissen zu stärken. Dabei spielen Kunst und Kultur eine
- 734 essenzielle Rolle. Kulturelle Teilhabe in einem breiten Verständnis trägt zu funktionierenden
- 735 Quartieren sowie einem attraktiven ländlichen Raum bei und fördert gesellschaftlichen
- 736 Zusammenhalt.
- 737 - Selbstverwaltete Produktionshäuser und genossenschaftliche Modelle müssen intensiver
- 738 gefördert werden. Langfristige Verbandsstrukturen müssen durch einen soliden Ausbau von
- 739 hauptamtlicher Arbeit gestärkt werden.
- 740 - Kulturelle Bildung muss gefördert werden, das ist ein wichtiger Teil von
- 741 Chancengerechtigkeit. Der Eintritt zu Bibliotheken und Museen muss für alle kostenfrei
- 742 sein, sofern diese über öffentliche Gelder finanziert wurden.
- 743 - Es müssen Hindernisse bei der Teilhabe von kulturellen Angeboten abgebaut und neuen
- 744 Publikumsgruppen der Zugang zu Kultur erleichtert werden. Um Kultur nutzen zu können,

- 745 muss Kultur erreichbar sein und damit dezentral und wohnortnah.
746 - Um allen Menschen den Zugang zur Kultur zu ermöglichen müssen finanzielle Schwellen
747 abgebaut werden. Kulturelle Teilhabe darf keine Frage des Geldbeutels sein, dafür müssen
748 günstige, barrierefreie, auch dezentrale und wohnortnahe Angebote geschaffen werden.
749 - Das „Clubsterben“ in vielen Städten ist ein Problem und schmälert das Angebot, gerade
750 auch für junge Menschen. Hier wollen wir im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten
751 entgegenwirken.
752 - "Kultur für Alle": Strukturelle Benachteiligungen aufgrund der sozialen und ethnischen
753 Herkunft, der Klasse, des Geschlechts, der sexuellen Identität, einer Behinderung, einer
754 Religion oder Weltanschauung müssen abgebaut werden. Kultureinrichtungen müssen
755 gesellschaftliche Diversität repräsentieren. Vielfalt im Kulturbereich wirkt sich schließlich
756 auch auf das Programm aus, so werden neue Perspektiven und kreative Impulse
757 geschaffen. Auf diese Weise können neue Zugänge zu Kultur geschaffen und Besucherinnen
758 und Besucher dazugewonnen werden.
759 - Verbesserung des kulturellen Angebots an Schulen, zum Beispiel durch die Möglichkeit für
760 jedes Kind ein Instrument zu lernen. Als erster Schritt: Verbesserten Zugang der Vereine zu
761 den Schulen.

762

763 **Sport**

764 Sport bringt Menschen zusammen und schafft Teilhabe. Sportvereine leisten nicht nur einen Bei-
765 trag zur öffentlichen Gesundheit, sie sind Teil der Jugendarbeit, von Gemeinwesenarbeit für alle
766 Generationen. Vereine sind oftmals wichtige Verbündete für antirassistische Arbeit und Integra-
767 tion. Wie sich das Sportangebot vor Ort gestaltet wird aber durch die finanziellen Möglichkeiten
768 der Kommune und der Vereine bestimmt. Ob also die Sporthalle, die Skaterbahn oder der Bolz-
769 platz in einem guten Zustand und auch für alle nutzbar sind, hängt auch von der Prioritätenset-
770 zung ab. Viel zu oft steht der Spitzensport zu Lasten des Breitensports an erster Stelle. Das sehen
771 wir an der Sportförderung in Bund und Land, die am Breiten- und Schulsport spart.
772 Hier braucht es endlich ein Umdenken. Statt einer zunehmenden Kommerzialisierung des Sportes
773 brauchen wir gute Sportangebote in der Fläche für alle Menschen – inklusiv, sozial und ökologisch.

774

775 DIE LINKE fordert:

- 776 - Schaffung und Erhaltung wohnortnaher öffentlicher Sportstätten.
777 - Multifunktionale Sportflächen, die generationen- und geschlechterübergreifend inklusive
778 Angebote ermöglichen und auch außerhalb von Schulen und Vereinen genutzt werden
779 können.
780 - Sanierungsstau bei Sporthallen und -flächen endlich beenden.
781 - Lokale Vereine und ihre Ehrenamtlichen unterstützen.
782 - Sport bezahlbar für Alle: vergünstigte Mitgliedschaften für Menschen mit wenig
783 Einkommen.
784 - An allen (Grund-)Schulen muss der Schwimmunterricht sichergestellt werden. Die
785 Kommunen sollen Bäderkonzepte entwickeln und keine Schwimmbäder schließen.
786 - Überflüssige zeitliche Einschränkungen (z.B. Mittagsruhe) für die Nutzung von Spiel- und
787 Sportstätten zurücknehmen.

788

789 **8. Gesundheit ist keine Ware – Pflegenotstand bekämpfen**

790 Es steht schlecht um unsere Krankenhäuser. Immer öfter sind die Beschäftigten gezwungen, für
791 bessere Arbeitsbedingungen und eine anständige Bezahlung zu streiken. Doch statt aus der
792 Corona-Pandemie zu lernen, will die grün-schwarze Landesregierung weiterhin Krankenhäuser
793 schließen – und das aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen.

794 Gesundheit ist keine Ware, sondern eine öffentliche Aufgabe. Aber unter dem Vorwand der Zent-
795 ralisierung und Professionalisierung wird die Gesundheitsversorgung gerade in den ländlichen
796 Kreisen abgebaut.

797 Mit der LINKEN ist das nicht machbar. Wir streiten für den flächendeckenden Erhalt von Kranken-
798 häusern und für eine bessere Personalausstattung. Wir unterstützen die lokalen gewerkschaftli-
799 chen Kämpfe für mehr Personal im Gesundheitswesen und in der Altenpflege. Der Mangel an Pfl-
800 gekräften bedeutet nicht nur Überlastung und Stress für die Beschäftigten, sondern auch konkrete
801 Gefahren für Patientinnen und Patienten.

802 In vielen Kommunen fehlen tausende Pflegeplätze. Es gibt zu wenig Pflegeeinrichtungen und we-
803 nige Alternativen wie beispielsweise Pflege WGs. Wir fordern eine kommunale Pflegeplanung zur
804 Schaffung von dezentralen Pflegeplätzen und die Einführung von Quoten mit einem Pflegeplatzan-
805 teil im Wohnungsbau. Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft können wesentlich zur
806 Versorgungssicherheit beitragen.

807
808 DIE LINKE fordert:

- 809 - Keine Krankenhausschließungen! Wir wollen die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung
810 in der Fläche erhalten.
- 811 - Ein Haus, ein Tarif: keine Auslagerungen von wichtigen Bereichen wie Küche und Reinigung
812 an Service-Gesellschaften!
- 813 - Gesundheitsversorgung für alle und in allen Regionen sicherstellen.
- 814 - Anreize für junge Ärztinnen und Ärzte schaffen zur Ansiedlung im ländlichen Raum.
- 815 - Ausbau von integrierten Lösungen wie medizinische Versorgungszentren,
816 Hebammenstützpunkte und -kooperationen.
- 817 - Kommunale Pflegestationen: quartiersbezogene und wohnortnahe mobile Pflege für alte
818 und kranke Menschen und Menschen mit Behinderung.
- 819 - Gründung von Pflegeeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft.

820

821 9. Reichtum umverteilen – Wirtschaft und Finanzen von links

822 Die verfassungsrechtlich garantierte erforderliche Finanzausstattung der Kommunen zur Erfüllung
823 ihrer Aufgaben wird seit Jahrzehnten unterlaufen. Dies betrifft insbesondere integrale Aufgaben
824 der öffentlichen Daseinsvorsorge und sozialen Sicherung. Der Investitionsstau in Baden-Württem-
825 berg geht in die Milliarden und nimmt drastisch zu. Dabei nehmen die Herausforderungen zu – ob
826 Corona, Krieg oder Klimawandel.

827

828 Dabei sind massive Investitionen in den (sozialen) Wohnungsbau, Schulen und Kindergärten, Aus-
829 bau des öffentlichen Nahverkehrs, den Ausbau erneuerbarer Energien, der Erhaltung von Kranken-
830 häusern und Schwimmbädern, die Integration Geflüchteter und in die Digitalisierung notwendiger
831 als je zuvor.

832 Gemeinden sollen zur Finanzierung dieser Aufgaben und Schließung von Haushaltslöchern nicht in
833 einen Wettbewerb um Gewerbeansiedlung und niedrige Gewerbesteuern genötigt werden. Als
834 LINKE wollen wir dringend umsteuern hin zu einer sozial gerechten Steuerpolitik. Die zuletzt kurz-
835 fristig beschafften 110 Milliarden für die Bundeswehr zeigen, dass genug Geld da ist. Bund und
836 Land müssen die Kommunen so ausstatten, dass notwendige Zukunftsinvestitionen getätigt
837 werden können und dürfen nicht weiter davor zurückschrecken, auch hohe Einkommen und
838 Millionen-Vermögen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Die von der LINKEN
839 geforderte Millionärssteuer würde direkt den Ländern und Kommunen zugutekommen.

840 Statt Unterbietungswettbewerb bei der Gewerbesteuer wollen wir diese durch eine einheitliche
841 Gemeindefinanzsteuer ersetzen, die als originäre Kommunalsteuer direkt den Kommunen
842 zugutekommt.

843

844 Wir stehen für mehr regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen eine ökologische und ressourcen-
845 schonende Produktion von Gütern vor Ort ausbauen statt lange Anfahrtswege und Ausbeutung
846 von Mensch und Natur. Kompakte Siedlungsstrukturen mit integrierten Betrieben sowie Verarbei-
847 tungsbetrieben für landwirtschaftlicher Produkte verbinden Akteure und reduzieren Verkehr.

848
849 Wir fördern die soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft. Wir als LINKE wollen die Kom-
850 munen (Städte) als Wirtschaftsstandort stärken. Dazu verfolgen wir einen eigenen Politikansatz.
851 Für uns ist es die wichtigste Aufgabe einer kommunalen Wirtschaftspolitik, die Lebensbedingun-
852 gen der Bürger:innen zu verbessern und nicht die Profitinteressen einzelner Unternehmen in den
853 Vordergrund zu stellen. Wir wollen eine Wirtschaftsförderung betreiben, die die an sozialen und
854 ökologischen Kriterien ausgerichtet ist. Davon können alle Menschen in der Kommune profitieren.
855 LINKE Kommunale Wirtschaftspolitik hat nicht die weitere Expansion/ Ansiedlung von Unterneh-
856 men und Großstrukturen in der Fläche als Maßstab für Wohlstand. Wohlstand ist nur bei Einhal-
857 tung der Belastungsgrenzen für die lokalen und globalen Ökosysteme möglich.

858 Wir wollen mit den Gewerkschaften, Gemeinwohlbilanzierten Unternehmen, Genossenschaften
859 und anderen sozialen Unternehmen in einen Dialog über alternative Ansätze der Wirtschaftsförde-
860 rung eintreten. Um jungen Menschen mehr Alternativen für eine Berufsausbildung zu bieten wol-
861 len wir Betriebe, die von Menschen mit Migrationshintergrund geführt werden in die Gespräche
862 einbeziehen.

863 Mit unserer solidarischen Regionalpolitik wird die Frage der Industriestandorte solidarisch ausver-
864 handelt und verteilt und nicht in Konkurrenz durch Länder und Kommunen entschieden. Regionen
865 außerhalb Baden-Württembergs sollen nicht mit hiesiger Ansiedlungsstrategie entleert, Wohn-
866 raumdruck durch Gewerbeansiedlung nicht unnötig erhöht werden. Damit wird auch zum Flächen-
867 sparziel beigetragen.

868

869 10. Demokratie und Frieden

870

871 **Direkte Demokratie stärken statt Macht der Aufsichtsräte**

872 Kommunale Demokratie ist mehr als Wahlen alle fünf Jahre. Wir wollen, dass Bürger:innen auch
873 darüber hinaus mitbestimmen können wie sich ihre Kommune entwickelt. Dafür sind transparente
874 Entscheidungswege und ein klares Bewusstsein für Informationsfreiheit voraus.

875 Doch viele kommunale Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen von Aufsichtsräten
876 und Verwaltungen unter Hinzuziehung von teuren Beraterfirmen getroffen. Das untergräbt die De-
877 mokratie.

878

879 Die LINKE fordert:

- 880 - Bürgerinnen und Bürger öfter und auch verbindlicher einzubeziehen, zum Beispiel durch
881 Bürger:innenhaushalte. Gerade bei kostenintensiven Großprojekten und bei Vorhaben
882 kommunaler Betriebe wie Krankenhäuser, Verkehrsverbünde und Stadtwerke braucht es
883 Möglichkeiten der Partizipation, auch die der Selbstverwaltungsorgane.
- 884 - Transparenz statt Geheimräte in allen kommunalen Gremien, denn Demokratie lebt von
885 Beteiligung.
- 886 - Das Wahlrecht für alle Menschen, die dauerhaft hier leben und hier gemeldet sind –
887 unabhängig von der Staatsbürgerschaft.
- 888 - Für kommunale Gremien wie Stadtteil- oder Bezirksbeiräten, Jugend- und
889 Migrationsbeiräten und Beiräten von Menschen mit Behinderung müssen die
890 Mitwirkungsrechte gestärkt werden. Wo es diese Gremien noch nicht gibt, setzen wir uns
891 für ihre Einführung ein.
- 892 - Ausweitung von Bürger:innenanträgen und -entscheiden auch auf die Landkreisebene.
- 893 - Die Direktwahl der Landräte und Landrätinnen.

- 894 - Verbindliche Einführung von Mieterbeiräten in kommunalen Wohnungsgesellschaften
895 - Die Kommunalparlamente müssen hauptamtliche Inklusionsbeauftragte wählen und mit
896 eigenem Budget versehen. In kleineren Gemeinden wollen wir zumindest ehrenamtliche
897 Inklusionsbeauftragte.
898 - Verträge mit der öffentlichen Hand müssen offengelegt werden.
899
900

901 **Kommunale Friedenspolitik**

902 Wir lehnen Kriege als Mittel der Politik ab, deswegen sprechen wir uns auch klar gegen den völker-
903 rechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine aus. Wir fordern Asyl und dauerhaftes Blei-
904 berecht mit dezentraler Unterbringung aller Flüchtlinge. Durch diese Forderung muss der kommu-
905 nale Wohnungsbau massiv ausgebaut werden. Geflüchtete sollen auch psychologische Unterstüt-
906 zung und Betreuung erhalten, dafür müssen mehr kommunale Stellen geschaffen werden.

907 Die Bundeswehr hat in Schulen, Jobcentern, auf Messen und in kommunalen Einrichtungen nichts
908 zu suchen. Wir wollen stattdessen Friedensinitiativen einladen und setzen uns dafür ein, dass in
909 Bildungsmessen, die in kommunalen Immobilien stattfinden, gemäß der UN-Kinderrechtskonven-
910 tion für Armeen kein Werben für unter 18jährige stattfinden darf. Werbung für den Dienst an der
911 Waffe und den Einsatz in Kriegen ist kein Beitrag zur Völkerverständigung. Wir treten dafür ein,
912 dass sich Kommunen international und im Rahmen der Initiative „Cities for Peace“ (Städte für den
913 Frieden) in zivilen Hilfsprojekten engagieren. Wir setzen uns dafür ein, dass der ICANⁱⁱⁱ Städteapell
914 in den Kommunen verabschiedet wird, damit der Druck auf die Bundesregierung stärker wird, den
915 Atomwaffenverbotsvertrag der UNO zu unterzeichnen. Lebendige Städtepartnerschaften können
916 Brücken bauen und sollten entsprechend gepflegt und gefördert werden.

917 Keine Weitergabe von Daten Minderjähriger an die Bundeswehr, damit diese nicht Kinder einfach
918 kontaktieren kann. Kommunale Förderungen und Beteiligung an Projekten, die der Rüstung und
919 militärischen Zwecken dienen, lehnen wir ab. Deswegen setzen wir uns für kommunale Zivilklauseln ein. Rüstungsexporte lehnen wir generell ab.

921 Unsere Mandatsträger setzen sich dafür ein, dass bei dem zentralen Volkstrauertag nicht den Tä-
922 tern (Soldaten) sondern den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht wird. Dies soll nicht
923 an glorifizierenden Kriegerdenkmälern stattfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass dezentrale De-
924 serteursdenkmäler errichtet werden, außerdem unterstützen wir lokale Initiativen, die sich mit lo-
925 kaler antifaschistischer Gedenkarbeit beschäftigen (wie z.B.: schulische Projektwochen und Stol-
926 persteininitiativen).

927 Wir setzen uns für Umbenennungen von Straßen, Plätzen und Gebäuden ein, die nationalsozialis-
928 tisch, kolonial und rassistisch belastet sind.
929

ⁱ „Housing First“ ist ein sozialpolitisches Konzept. Da Wohnen ein Menschenrecht ist, soll zuerst eine dauerhafte Unterkunft gefunden werden ehe andere Probleme wie Arbeitslosigkeit, Krankheit etc. angegangen werden

ⁱⁱ SDG17: Globale Vereinbarung für nachhaltige Entwicklungsziele die bis 2030 zu einer gerechteren und ökologischeren Welt führen sollen.

ⁱⁱⁱ ICAN: Internationale Koalition zur Abschaffung von Atomwaffen.